

20 Jahre AKEP

Ich verstehe meine Teilnahme an Ihrer Feier als Würdigung der Leistungen aller an AKEP beteiligten Personen und Familien. Als Politiker und Baselbieter Ständerat möchte ich damit ein Zeichen nach außen setzen dahingehend, dass diese umfassende Art von Integrationsarbeit beachtet, geschätzt und auch in Zukunft unterstützt wird. Im neuen Ausländergesetz wird das Integrationsziel erstmals erwähnt und hat somit eine gesetzliche Grundlage erhalten (Art. 53 ff. AuG). Die Kantone sind zusammen mit dem Bund und den Gemeinden nicht nur aufgerufen, sondern verpflichtet, günstige Rahmenbedingungen für die Chancengleichheit und die Teilhabe der ausländischen Bevölkerung am öffentlichen Leben zu schaffen. Sie können sich dieser Verantwortung nicht entziehen. Mit Institutionen wie AKEP verfügen die Kantone über bewährte Angebote, dank denen sie diese Verantwortung wahrnehmen können. Weil viel Know-how vorhanden ist, ist auch ein effizienter Einsatz öffentlicher Mittel garantiert. Klare Leistungsaufträge sind umgekehrt für Angebote wie AKEP unverzichtbar.

Manche Menschen mit Migrationshintergrund, die auf AKEP zählen konnten, haben die Investition längst rentabel gemacht, indem sie sich an der Gestaltung unserer Gesellschaft aktiv beteiligen. Einige ehemalige AKEP Schülerinnen und Schüler engagieren sich in den beiden Basler Halbkantonen in Politik und Gesellschaft.

Ich bin heute gerne gekommen, dies aus verschiedenen Gründen:

- Wie Sie wissen, habe auch ich einen Migrationshintergrund. Ich bin zwar kein Secondo im klassischen Sinn, bin ich doch hier geboren

und mit einer Schweizer Mutter aufgewachsen. Da ich aber Ausländer war und unsere Mutter seinerzeit, nur weil sie einen Ausländer geheiratet hatte, das Schweizer Bürgerrecht verlor, habe ich einige Erfahrungen machen müssen, die alle Ausländer kennen. Mein Vater weilte nach meiner Geburt aus politischen Gründen in Polen in Gefangenschaft. Wir mussten hier regelmäßig die Aufenthaltsbewilligung erneuern lassen. Auf der Fremdenpolizei mussten wir auf der für die Ausländer vorgesehenen Seite anstehen und mit der Ungewissheit leben, wie es herauskommen würde.

- Aufgewachsen in verschiedenen Kulturen verfüge auch ich über eigene Erfahrungen mit der Mehrsprachigkeit. Ich konnte das positiv ausnutzen, weil meine Mutter bilingue war und uns neben dem Deutschen das Französische näher brachte.
- Wichtig ist es, Voraussetzungen zu schaffen, damit Familien und vor allem Kinder mit Migrationshintergrund sich hier heimisch fühlen, Perspektiven entwickeln und ihren Weg machen können. Ganz speziell gilt das für Familien, die nicht freiwillig hierher gekommen, sondern zu uns geflohen sind.
- AKEP bietet Projekte an für Familien, für Chancengleichheit und damit für eine erfolgreiche Integration. Mich überzeugt der Ansatz von AKEP, auf Mitsprache und Partizipation zu setzen und damit die Menschen, die das Angebot wahrnehmen, zu lehren, Verantwortung für sich und die Allgemeinheit zu übernehmen. Man sagt dem auch Empowerment. AKEP kann dabei auf ein interkulturelles und interdisziplinäres Team zählen.

Es bedarf keines Beweises mehr, dass die Unterstützung von Projekten wie AKEP durch die Kantone unverzichtbar ist. Bislang haben die Schweizerische Flüchtlingshilfe und das Bundesamt für Migration das Projekt mitgetra-

gen und übrigens auch geschätzt. Mit dem Inkrafttreten des bereits erwähnten neuen Ausländergesetzes sind nicht mehr sie, sondern in ihrem Aufgabenbereich die Kantone zuständig. Es wird nicht mehr zwischen Migranten und Flüchtlingen unterschieden. Das ist oft, aber nicht immer sinnvoll. Die Startbedingungen sind eben recht unterschiedlich, bei Flüchtlingen oft ungleich schwieriger. Und da bedarf es gerade auch auf sie ausgerichtete Spezialprogramme. Eine umfassende Betrachtungsweise ist unerlässlich, man kann sich nicht auf einen oder zwei Aspekte beschränken. Langjährige erfolgreiche Programme wie diejenigen von AKEP dürfen nicht untergehen.

Letztlich geht es darum, die jungen Menschen, die zu uns kommen, dabei zu unterstützen, ihre Identitäten zu erkennen, zu stärken und durch neue Erfahrungen zu ergänzen. Kinder müssen sich mit ihren Ursprüngen auseinandersetzen, wenn sie erfolgreich neue Wurzeln schlagen und ihre eigene Identität weiter entwickeln sollen. Dass die Eltern mit einbezogen werden, ist unerlässlich. Ihre Kinder werden mit den hiesigen Sitten und Gebräuchen unmittelbarer konfrontiert und kommen in der Regel schneller mit ihnen zurecht. Eltern dürfen das nicht als Abkehr oder gar Bedrohung verstehen, sondern müssen begreifen, dass sich ihren Kindern dadurch bessere Chancen eröffnen, sich hier zu integrieren, ohne ihre Herkunft zu verdrängen oder gar zu verleugnen. Das geht nur, wenn die Eltern gut informiert sind und an der Bildung teilhaben. Erst dann ist sichergestellt, dass sie ihren Kindern in schwierigen Phasen der Entwicklung die notwendige Unterstützung bieten können. AKEP verfolgt diesen Ansatz. Mich überzeugt dabei vor allem auch, dass Integration nicht als Einbahn verstanden wird. Der Erfolg gibt AKEP Recht.

Ich gratuliere AKEP zum 20-jährigen Jubiläum und ermuntere die Verantwortlichen weiterzufahren. An die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft geht mein Aufruf, dem Projekt weiterhin nicht nur mit Wohlwollen zu begeg-

nen, sondern ihm die notwendige Unterstützung zukommen zu lassen. Dabei geht es nicht nur, aber eben auch um die finanzielle Unterstützung. Denn Integrationsarbeit lebt zwar viel, aber längst nicht ausschließlich von Freiwilligkeit. Der Gesetzgeber hat dies erkannt. Vor allem an den Kantonen liegt es, diese Erkenntnis umzusetzen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Basel, den 13. November 2008

Dr. Claude Janiak, Ständerat des Kantons Basel-Landschaft